

Emischer Zeitung



verbunden mit dem

Amt Herner Tage-Blatt.

(Früher: Der Reichsfreund.)

Sincere et constanter.

Die „Emischer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und hohen Feiertage. Wochen-Beilage: „Illustriertes Emischer Sonntagsblatt“. Inventionspreis: Die Zeit-Beilage oder deren Raum 15 Pf., Reklamen 40 Pf. Verantwortlicher Redacteur F. Dienst in Gelsenkirchen.

Abonnementspreis: Mark 2.50 vierteljährlich im Voraus. Man abonniert außer bei der Expedition in Gelsenkirchen, Marktstraße 13, bei allen Reichspostanstalten und bei den Filial-Expeditionen: Ausl. Ed. Bern: W. Walder, Banne; W. Pöter, Wattenberg. Druck und Verlag von F. Dienst in Gelsenkirchen.

Allgemeines Organ für die Stadt Gelsenkirchen, die Ämter Schalke, Hemmendorf, Wanne und Herne. — Anzeigenblatt für Gerichts-, Civil-Verwaltungs- und Militär-Behörden.

Preussischer Landtag.

28. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

SS Berlin, 18. Januar.

Am Ministertische v. Gölzer, v. Puttkamer und Commisfäre.

Die Tribünen sind überfüllt. Das Haus tritt in die erste und zweite Beratung des Antrages Reichensperger-Olpe auf Annahme eines Gesetzesentwurfes betr. die Wiederherstellung der (Kirchenpolitischen) Artikel 15, 16 und 18 der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850.

Der Antragsteller begründet seinen Antrag mit dem Hinweis, daß eigentlich nähere Ausführungen hierüber nicht nötig wären, wenn heute noch derselbe freiheitliche Geist in diesem Hause waltete, wie früher; heute waltete ein Geist der Opportunitäts-Rücksichten. Der Antrag betreffe nicht die katholische Kirche allein, sondern alle Kirchengemeinschaften in Preußen. Der dadurch erwachene Zustand erzeuge, wie heute schon zu erkennen, eine Verwilderung der Jugend. Sollen wir denn, wie der Vogel Strauß, angesichts dieser Gefahr den Kopf in den Sand stecken? Auch wir anerkennen den Staat als eine von Gott verordnete Einrichtung, verlangen aber Freiheit für die Kirche. Von diesem Gedanken geleitet, haben wir den Antrag eingebracht. Unsere Kirche leidet schwer, unsere Priester sind hochbetagt ins Gefängnis gewandert, die Stellung der Geistlichen ist heute eine vogelfreie. Die staatliche Obrigkeit kann ihn nach Belieben mahdregen, excommuniciren. Von dem Bischofsparagrafen war bis vor Einführung unseres Antrages so gut wie kein Gebrauch gemacht. Die Volksvertretung kann diesen Dingen nicht unthätig zu sehen und etwa abwarten wollen, wie sich die Dinge entwickeln werden; im Gegenteil, sie muß beim Vorgehen der Regierung selbst die Initiative ergreifen, und namentlich ist der echte, alte Liberalismus stets von dem Grundsatz ausgegangen, daß er für Freiheit der Religionsgemeinschaften einzutreten habe; aber heute gehen alle Schwierigkeiten einer eintretenden Regelung dieser Angelegenheiten aus von dem Pseudoliberalismus, der die Rechte der Kirche bekämpft, um die Staatsomnipotenz herbeizuführen. Es handelt sich um einen Kampf gegen den Katholizismus, der mit den ungerechtesten Mitteln geführt wird. Man regire und bekämpfe den Schlabas und das canonische Recht, die doch die Grundlage der katholischen Religion bilden. In dem geschwinden Tempo, mit welchem die Kulturkampfgesetze hier votirt wurden, hat man die Verfassungsartikel 15, 16 und 18 kassirt, trotz der erheblichen Bedenken, die man gegen dieses Verfahren selbst von Seiten der eifrigsten Kulturkämpfer hatte. Die heiligsten Rechte von 10 Millionen Katholiken hat man auf diese Weise preisgegeben. Will man dieses Unrecht wieder gut machen, so muß man die Verfassungsartikel wiederherstellen.

Es melden sich 15 Redner aller Parteien

gegen, 7 Redner des Centrums für die Vorlage zum Wort.

Abg. v. Hammerstein (cons.) freut sich, constatiren zu können, daß die Stimmung des Hauses in der Kirchenfrage sich wesentlich gegen früher geändert habe. An eine einfache Ablehnung des Antrages denkt wohl heute niemand in diesem Hause, aber man möge bedenken, daß die theoretischen Grundrechte für die Kirche doch keinen so hohen Wert haben. (Hört! hört!) Wenn Redner vor die Frage gestellt worden wäre, die Verfassungsartikel aufzuheben, so würde er dies heute ablehnen, aber es sei zweierlei, wenn man heute die Wiederherstellung verlange. Redner glaubt auch nicht, daß der Antrag ernst gemeint sei, denn dann hätte man wenigstens diejenigen gesetzlichen Bestimmungen bezeichnen müssen, die durch diesen Antrag aufgehoben werden. In dieser Form würde die Vorlage nur Rechtsunsicherheit verbreiten. (Sehr richtig!) Die Auffassung, daß durch Wiederherstellung der Bestimmungen, es habe die Kirche ihre Angelegenheiten selbst zu ordnen, die ganzen Streitfragen beseitigt werden, ist unzutreffend. Früher haben Herren vom Centrum diese Ansicht vertreten und sie ist richtig. Wie will man denn über die dem Cultusminister zurechnenden Rechte hinwegkommen. Die formelle Wiederherstellung der Verfassungsartikel würde auch einen unheilvollen Miß in die heutigen Zustände der evangelischen Kirche hineinbringen. Nur von einer organischen Revision der Maigesetze kann eine wahre und dauernde Regelung unserer kirchlichen Verhältnisse erfolgen. In diesem Sinne haben wir früher bereits die Resolution Althaus angenommen, und diese hat ja auch die wohlthätigsten Folgen gehabt. Die Forderung einer organischen Revision der Maigesetze werden wir auch dann aufrechterhalten, wenn eine Verständigung mit der Curie nicht möglich wäre. Im Interesse der evangelischen Kirche aber empfiehlt sich eine abwartende Stellung, die dem gegenwärtigen Ministerium gegenüber dringend geboten ist. Von der conservativen Partei ist folgender Antrag Althaus u. Gen. eingebracht: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: In Erwägung, daß die Wiederherstellung der Artikel 15, 16 und 18 der Verfassungsurkunde als ein geeigneter Weg nicht angesehen werden kann, den Frieden auf kirchenpolitischen Gebieten herzustellen, vielmehr dadurch die Gefahr einer eintretenden Rechtsunsicherheit herbeigeführt werden würde; in Erwägung ferner, daß die zu erstrebende Selbstständigkeit der evangelischen und katholischen Kirche und die Versöhnung der kirchenpolitischen Gegensätze auf dem bereits betretenen Wege der Specialgesetzgebung erreicht werden kann, — über den Antrag Reichensperger zur Tagesordnung überzugehen.“

Abg. v. Schorlemer-Mst (Centr.): Es ist unverständlich, wie der Vorredner sagen kann, er würde die Artikel nicht aufgehoben haben, aber wiederherstellen könne er sie nicht. Der Friede mit Rom mag geschlossen werden, wir werden uns ihm gern und freudig unterwerfen, das kann uns aber

nicht abhalten, heute voll und ganz unsere Rechte zu reclamiren. Was die evangelische Kirche betrifft, so könne sie in dieser Beziehung ja selbstständig vorgehen; ohne auf den Frieden mit Rom warten zu müssen. Der Kulturkampf war der Versuch, die Kirche zu verstaatlichen. Die Folgen liegen zu Tage. Heute haben wir eine Debatte der Minoritäten; die Antisemitengehe ist auch ein Product des Kulturkampfes. Die Nationalliberalen haben noch gestern eine große Scheu vor einer Verfassungsänderung ausgedrückt; sie hätten diese drei Verfassungsartikel nicht aufheben sollen, dann hätten sie uns viele Leiden und sich selbst die Parteilzerlegung erspart. Redner stellt dann ausführlich das Verhalten der Fortschrittspartei und der Conservativen bei der Kulturkampfgesetzgebung dar. Das habe sich zwar inzwischen etwas geändert, mit dem Kulturkampf beschäftigt sich heute nur noch Athleten zweiten Ranges. Die Herren von der Rechten sollten sich mit uns verbinden, um den modernen Gefahren der Revolution und des Socialismus entgegenzutreten. Redner hält dann noch eine kleine Abrechnung mit der „National-Zeitung“ und der „Emcher-Zeitung“. Entweder steigt der Glaube an Gott und das Kreuz, oder der Socialismus und das moderne Heidentum. (Beifall im Centrum.)

Abg. Richter-Hagen (Fortschritt): Die augenblickliche Situation ist eine etwas peinliche. Der Herr Minister schweigt, Herr Stöcker, der eigentlich zuerst sprechen sollte, ist auch noch nicht hier und die Schorlemer'sche Rede hatte eigentlich nur den Charakter einer Zwischenactenmusik. Herr Reichensperger hat den eigentlichen Urheber der Kulturkampfgesetze, den Reichskanzler, hier gar nicht erwähnt. Auserkennen muß ich, daß die antisemitischen Hegeorien in katholischen Gegenden um deswillen nicht möglich sind, weil die Haltung der katholischen Geistlichen eine würdevollere ist. Redner würde bereit sein, die Vorlage an eine Commission zu verweisen. Es sei ein Grundsatz seines Parteiprogramms, daß keine Religionsgesellschaft Vorzüge vor der anderen genieße; und dieser Grundsatz müsse bei einer Neuordnung dieser Materie mit berücksichtigt werden. Es sei überhaupt nötig, daß man sich über bestimmte Grundsätze bei so wichtigen Fragen klar werde. Nach welchen Grundsätzen heute verfahren wird, versteht kein Mensch mehr. Wenn man einen Bischof zurückberuft, soll man dies mit allen ihm, sonst gewinnt die Sache den Charakter persönlicher Gehässigkeit. Die gemäßigten Geistlichen haben doch alle nach gleichen Grundsätzen gehandelt. (Sehr richtig.) Das Bedenkliche aber ist, daß die Katholiken politisch unselbstständig werden, und daß man bei wichtigen Fragen, wie z. B. bei der Verlängerung des Socialistengesetzes, einen Bischof zurückberuft oder nicht, je nachdem. Gefreut hat es mich daß Herr v. Hammerstein die Möglichkeit einer Veränderung der früher maßgebenden Stimmung ins Auge faßen will. Mögen sich die Herren rechts dies memento mori stets ins Gedächtnis rufen! (Beifall links.)

Abg. v. Stabrowski (Pole) hätte erwartet, daß niemand im Hause dem Antrage widersprechen würde. Wollte man den Unglauben nicht fördern, wolle man ihn erfolgreich bekämpfen, so bleibe nichts anderes übrig, als die Kirche von ihren Banden zu befreien; das bezwecke der vorliegende Antrag.

Minister v. Gölzer bittet den Antrag abzulehnen. Die gegenwärtige schwierige Lage, die alle Länder durchgemacht haben, nämlich die Feststellung der Grenze zwischen Staat und Kirche, kann nicht durch allgemeine theoretische Grundsätze beseitigt werden. Die Regierung muß abwarten, bis die tatsächlichen Verhältnisse hierzu einmal die geeignete Gelegenheit bieten werden. Wir müssen die Suppe ausessen, die wir uns selber eingebracht haben. Unter den augenblicklichen Verhältnissen können wir nicht solche Bestimmungen geben, die sich jeder ganz nach Belieben auslegen kann. Die Begnadigungen der Bischöfe sind in allen concreten Fällen, ebenso wie die Aufhebung der Sperre, von den obwaltenden Umständen abhängig gewesen. Für die Bischöfe von Köln und Posen sind keine Begnadigungsgesuche eingegangen, sie könnten auch, wenn sie noch eingehen sollten, keine Berücksichtigung finden. (Bewegung.) Was wir im kirchlichen Interesse gewähren können, wollen wir gerne gewähren. Wir haben auf dem Gebiet der kirchlichen Verwaltung die abgebrochenen Fäden wieder angeknüpft und haben ja auch in der Gesetzgebung mehrere wichtige Materien durch Novellen geregelt. Wenn Sie mit diesen Anträgen die Regierung bedrängen, so werden Sie keinen Vorteil, sondern eher Nachteil erreichen. Die Staatsregierung ist nicht so eitel, alles erledigen zu wollen; sie kann der folgenden Regierung sehr wohl die ganze Last zu tragen überlassen.

Abg. Sack (conservativ) betont das Friedensbedürfnis aller Parteien. Aber schon formell sei die Vorlage nicht annehmbar, sie würde keine Klarheit schaffen, was noch zu Recht bestehe, was nicht. Dadurch müßte der bestehende Zustand noch schlimmer werden, als er gegenwärtig schon ist.

Abg. Dr. Windthorst: Ton und Inhalt der Rede des Ministers waren derart, daß ich fürchte, wir stehen an einer neuen Kampfes-Aera. (Widerspruch rechts.) Theoretisch steht er auf dem Boden Falcks. Der Minister hat sich nicht einmal bereit erklärt, im Sinne des Antrages Althaus vorzugehen. Unser Antrag ist sehr ernst gemeint; wir wollen deutlich zu erkennen geben, auf welche Art wir Remedur wünschen. Auf eine Versumpfung des Kulturkampfes lassen wir uns nicht ein; wir verlangen Herstellung des status quo ante und wir werden nicht ruhen, bis das erreicht ist. Wenn der Minister sagt: Von dem heutigen Ministerium bekommen Sie das nicht, so sage ich: Wir wollen sehen! Glücklicherweise hat der Minister die organische Revision nicht abgelehnt. Was hindert den Minister, die Zustände in Köln, Münster und Posen aufgrund der discretionären Vollmachten zu ändern? Ein Gnadengesuch könne hier im gewöhn-

Die alte Lady.

Erzählung von Waldun Wollhausen.

20)

Daher schwannte sie auch keinen Augenblick. Die ersten Fenster sagten ihr, wo sie den Verwundeten zu suchen habe und ohne irgend einem Bedenken Raum zu geben, stürzte sie über den Hof und in das Haus hinein. Die Thür des Wohnzimmer stand offen. Tiefe Stille herrschte in demselben. Hastig, jedoch leisen Schrittes eintretend, bemerkte sie die beiden Farmer, die flüsternd mit einander berieten. Bei dem unerwarteten Anblick des schönen Mädchens mit dem sprechenden Ausdruck von Todesangst wollten sie sich erheben, als Elly ihnen dringend wehrte.

„Wo ist Abel Fanchy?“ fragte sie leise, wie ein Hauch, indem sie sich den Männern zuneigte.

Beide wiesen schweigend auf die offene Thür des Nebenzimmers. Weitere Rundgebungen nicht erwartend, schlich sie nach derselben hinüber. Auf der Schwelle blieb sie stehen. Anfanglich ries es den Eindringling hervor, als wären angestrichen der vor ihr liegenden Scene Zweifel in ihr erwacht, von ihrer Angst zu weit fortgerissen worden zu sein. Sobald sie aber die thränengefüllten Augen der alten Frau auf sich gerichtet sah, die neben Abels Bett saß und, in den Blicken eine stumme Frage, zur Vorstufung mahnd auf den aufsteigend schlummernden, todtelichen Verwundeten wies, da war ihr, als hätte sie heimlich wieder davon schleichen müssen. Noch stand sie unentschlossen, als Abel die Augen aufschlug und sie dadurch

kannte. Sein erster Blick fiel auf sie. Zugleich trat eine matte Röte auf seine Wangen. Wie der Abglanz einer unfassbaren Freude eilte es über sein Antlitz und die Hand zum Gruß erhebend, sprach er mit klarer Stimme:

„Das schwebte mir vor, so lange ich hier liege, und jetzt, da ich erwache, erfüllt sich mein Traum.“

Bei diesen Worten vermochte Elly nicht länger an sich zu halten. Wie auf der Flucht vor den thränenreichen Blicken der alten Frau, flog sie auf das Bett zu und vor demselben auf die Kniee sinkend, neigte sie ihr Antlitz laut schluchzend auf die Decke.

„Abel, Abel,“ entwand es sich gedämpft und kaum verständlich ihren Lippen. „Abel, wenn Du stirbst, trage ich die Schuld — Abel — ich habe Dich ins Verderben gerieben.“

„Nicht doch, Elly,“ fiel Abel mit gleichsam verklärtem Lächeln ein und schmeichelnd legte er die Hand auf des weinenden Mädchens Haupt, „ich habe gethan, was eines rechtschaffenen Mannes Pflicht war, und Dich trifft das Loos, daß Du kein Unrecht dulden wolltest.“

„Nein, nein, Abel, mir allein fällt Dein Unglück zur Last. Du meinst, daß kaum jemand Dir nachweine. Hätte ich Dir gesagt, daß ich Dich gebeten, vorsichtig zu sein um — um meinetwillen, so würdest Du an mich gedacht haben.“

„Du — Du willst meine Frau werden?“ fragte Abel, von neuem Lebensmut durchströmt und doch ungläubig.

„Ja Abel, keines anderen Frau. Als ich von Deinem Unglück hörte, ergriff es mich, daß ich hierher eilen mußte, um Dir zu sagen, daß ich zu Dir gehöre. Ja, Abel, hier in Gegenwart Deiner treuen Verwandten und der fremden Männer wiederhole ich's nochmals: Deine Frau will ich sein, oder mit Dir vereint begraben werden.“

„Ich sterbe nicht, Elly, nein, ich sterbe nicht,“ erwiderte Abel, und er vergaß seine gefährliche Zusage, vergaß, daß außer Elly noch andere im Zimmer anwesend, „außer“ hätte der Tod bereits seine Hand auf mich gelegt, so wollte ich mich jetzt keinem Griff entwinden.“

„Nein, Abel, ich mache Dich ihm freitig,“ fuhr Elly alsbald wieder tröstlich fort, „hier will ich bei Dir sitzen Tag und Nacht, und niemand, auch nicht Deine gute Verwandte, soll mich verdrängen; denn wir gehören zusammen. Auch habe ich eine glückliche Hand zur Pflege, und ein ganzes Herz voll Liebe für Dich, mehr Liebe, als die aller anderen zusammen genommen.“ und wieder hingeworfen von ihren, keine Schranken kennenden Empfindungen, küßte sie Abel, der nicht zu begreifen schien, was mit ihm vorging.

„So,“ sprach Elly schnell weiter, um den Verwundeten nicht zu Worte kommen zu lassen. „nun wollen wir es genug sein lassen der Erregungen, oder es möchte nachtheilig auf Dich einwirken; denn Du bist krank und bedarfst der Schonung. Ruhe also. Ich halte unterdessen Deine Hand, damit Du auch im Schlafe nicht vergißt, daß ich bei Dir bin. Kommt der Arzt,

so soll er mich unterweisen, wie ich Dich zu pflegen und die Wunde zu behandeln hab. Bist Du aber erst auf dem Wege der Heilung, dann erzähle ich Dir den ganzen Tag, damit Du nicht viel zu reden brauchst, und lieber singe ich Dir, so oft und so viele Du nur willst. Von meiner verstorbenen Pflegemutter weiß ich's daß Gesang ein gutes Mittel, Kranke zu ermutigen und manches liebe Mal sang ich der die Schmerzen fort. Ja, alles, alles will ich für Dich thun, aber auch Du mußt das Deine dazu beitragen, um bald wieder zu frischen Kräften zu kommen. Nun bitte Deine gute Tante hier durch einen Blick, daß auch sie mich freundlich aufnehme, mir gönne, bei Dir zu bleiben; dann ruhe und schlafe, damit Du nicht ermattet, ich nicht glaube, meine Nähe sei Dir nicht heilsam.“

Und Abel, gleichsam bezaubert durch den zärtlichen Zuspruch des seine Angst mannhaft verheimlichenden lieblichen Mädchens, sanfte, rehsorbar wie ein Kind, der alten Frau einen Blick z Aber es war kein Blick des Flehens, sondern eines namenlosen Glückes, als hätte er die gefährliche Verwundung willkommen geheissen um den Preis, Elly an seinem Schmerzenslager knien zu sehen.

„Wohl erkenne ich, daß Du hierher gehörte,“ lehrte die alte Frau sich nunmehr unter Thränen der Nahrung Elly zu, „und hast Du eine lei Hand, dann soll kein anderer ihm zu Dien sein, als Du ganz allein, bis — nun, der Gott wird ja seinen Segen dazu geben.“

lichen Sinne des Wortes nicht vorliegen, was vorlag, war weder ein Verbrechen noch Vergehen, es war ein Gebot der Pflicht! (Bravo im Centrum.) Auch ohne Gnadengesuch würde Se. Majestät auf Vorschlag des Ministers die Begnadigung gewährt haben. Was man bisher gethan, sind Palliativmittel, wir müssen weitergehen, wobei ich auf die Hilfe der Conservativen rechne. Auch die evangelische Kirche würde von der Annahme unseres Antrages nur Vortheil haben. Das Schlimmste ist, daß eine evangelische Majorität über die katholischen Angelegenheiten entscheidet. Damit werden Sie, wenn es so fort geht, den Staat ruinieren und das Reich dazu. Ich bitte Sie, unsern Antrag an eine Commission von 21 Mitgliedern zu verweisen. Mir scheint die Ansicht des Abg. Richter ganz zutreffend, man sollte etwas Entschiedenere, Ganzes thun. Warum sollte man die Bischöfe von Köln und Posen nicht zurückrufen? Die ganze katholische Welt würde das dankend anerkennen. Wir sind bereit, dem Hrn. Minister möglichst entgegenzukommen, aber nur, wenn eine organische Revision der Majestät vorzunehmen wird.

Die Debatte wird hierauf geschlossen. Nach dem Schlusswort des Antragstellers wird der Antrag auf Commissionsberatung abgelehnt und sofort in die zweite Beratung eingetreten.

Abg. Stöcker (cons.): Man hat vom Centrum unsere Hilfe angeregt und sogar das schöne Wort von der Schwesterkirche gesprochen. Aber die katholische Presse bekämpft jede Gemeinschaft, und an den letzten Stellen der katholischen Kirche hören wir dasselbe. Statt dessen sollten wir uns verbinden, um die gemeinsamen Anschauungen mehr zu fördern und zu kräftigen; dann wird es möglich werden, zu besseren Zeiten zu gelangen. Wir hoffen von einer weissen Staatskunst Befreiung aller drohenden Uebelstände des Kulturkampfes. Einer solch gewaltigen Macht wie der katholischen Kirche gegenüber muß der Staat auf Erhaltung seiner Rechte Bedacht nehmen. In den großen Aufgaben der Kirche stimmen wir beide überein. Wir geben zu, daß die liberale Gesetzgebung viele Fehler enthält, aber daß unsere Kirche durch den Antrag Reichensperger gewinnen würde, muß ich bestreiten.

Hierauf wird die Sitzung auf morgen Vormittag 11 Uhr vertagt. (Fortsetzung der eben abgebrochenen Beratung, kleinere Vorlagen, Eisenbahnetat.)

29. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

SS Berlin, 19. Januar.

Das Abgeordnetenhaus beendigte heute zunächst die zweite Beratung des Antrages Reichensperger auf Wiederherstellung der kirchenpolitischen Verfassungssatzung. Abg. Majunke (Centr.) bestritt die von Stöcker gestern behauptete propagandistische Tendenz der Katholiken, welche vielmehr Herrn Stöcker selbst zuzuschreiben sei. Er forderte Freiheit des religiösen Bekenntnisses auch für die katholische Kirche und erklärte, das Centrum werde in seinem Kampfe für Freiheit, Gleichheit und Recht nicht erlahmen. Abg. Hänel (Fortschritt) behauptete, daß es sich hier nicht um die Freiheit des religiösen Bekenntnisses, sondern um die Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche handle. Der Kernpunkt der Majestätgebung sei Befreiung und nicht wieder Herstellung. Wir müßten die Neugestaltung der Dinge beginnen, wo wir vor zehn Jahren angingen. Die Fortschrittspartei werde in Zukunft keinem Gesetze zustimmen, auf dessen stricke Durchführung sie nicht bestimmt rechnen könne. Abg. Windthorst bezeichnete als Tendenz des Antrages die Schaffung einer Grundlage für die weitere Revision. Die Resolution Althaus, sowie der Antrag Reichensperger wurden darauf beide abgelehnt. Die Gesetzentwürfe betr. eine Aenderung des Staatsschulengesetzes und betreffend das Rheinische Hypothekenrecht wurden ohne wesentliche Debatte in dritter Lesung angenommen und dann in die Beratung des Eisenbahnetats eingetreten. Zu einer längeren Debatte kam es dabei über die vom Centrum angeregte Frage der angelegten Ungleichheit in der Erteilung von Fahrpreisermäßigungen bei katholischen und evangelischen Versammlungen. Minister Maybach erklärte, daß für politische Versammlungen überhaupt keine Ermäßigungen gewährt werden; ob eine Versammlung politisch oder nicht politisch sei, habe der Oberpräsident zu entscheiden. Den Vorschlag Windthorst's, die Ermäßigungen für alle Versammlungen zu verlegen, will der Minister erwägen. Abg. Schorlemer kündigte für die dritte Lesung einen Antrag an, der die Sache klarlegen soll. Nächste Sitzung: Montag (Stat.)

Amtliches.

* Dem Oberbürgermeister a. D. Weise zu Aachen ist der Titel Geheimen Regierungsrat verliehen worden.

* Der Regierungss-Affessor Dr. jur. Freiherr Franz von Coels von der Brüggen zu Aachen ist zum Landrat ernannt worden.

Politische Tages-Rundschau.

* **Selsenkirchen.** 19. Januar. Die Steuerdebatte im Abgeordnetenhaus hat drei Tage gedauert und es ist eine Unmasse geredet worden. Wenn man sich nun aber fragt, was Ludwig den Steuervorlagen werden wird, so ist man Abgerüder gerade so klug, als wie zuvor. Von vergriffenen Seiten ist zur conditione sine qua non daß gemacht worden, daß eine Beeinträchtigung der in der Steuerentlastung nicht entstehen dürfe. Das ist eine ganz berechtigte Forderung, man hat unterlassen wahrzunehmen, daß die Steuervorlage durch die von ihr in Aussicht

genommene fictive Abschätzung dieser Forderung nicht schon entspricht. Nachdem dieser Nachweis geführt war, wäre es ferner angeeignet gewesen, Andeutungen darüber zu machen, wie man sich die Verwirklichung besagter Forderung vorstellt. Davon hat man aber auf der Seite, wo die Tabler und Spötter sitzen, nichts gehört. Wird das Wahlrecht der unteren Classen selbst nach Annahme der fictiven Einschätzung, welche die Vorlage in Aussicht nimmt, beeinträchtigt? Ja, und sehr erheblich. In Preußen werden bekanntlich die Urwähler nach Maßgabe der von ihnen zu entrichtenden Staatssteuern in drei Abteilungen geteilt, und zwar in der Art, daß auf jede Abteilung ein Drittel der Gesamtsumme der Steuerbeiträge aller Urwähler entfällt. Minbert sich in einer Bevölkerungsklasse das Maß der Steuern, so mindert sich im gleichem Maße das Wahlrecht. Mit der Aufhebung ganzer Steuerstufen würde für die, welche bisher in diesen Stufen besteuert wurden, das Wahlrecht überhaupt schwinden, wenn nicht gleichwohl Vorbehalte getroffen würde, dies zu verhindern. In der Regierungsvorlage wird dies versucht, aber nicht in ausreichendem Maße. Den Gemeinden wird das Recht eingeräumt, auch nach wie vor die Classen zu besteuern, welche von den Staatssteuern freigelassen werden sollen, und zwar mit folgenden Sätzen: Bei einem Jahreseinkommen von 420 bis 660 Mark mit 2 M. 40 Pf., bei einem Einkommen von 660 M. bis 900 M. mit 4 M. und bei einem Einkommen von 900 M. bis 1200 M. mit 8 M. Für die Feststellung der Wahlberechtigung sollen diese Steuersätze maßgebend sein. Diese sind aber niedriger als die bisherigen Sätze der unteren Classensteuerebenen, welche 3, 6 bezw. 9 M. betragen. Den vier untersten Classensteuerebenen gebühren über 6 1/3 Millionen Steuerzahler (Einkommensteuern und besteuerte Haushaltungen) an. Der Gesamtbetrag der auf diese entfallenden Steuersummen beziffert sich nach den alten Sätzen auf über 20 Millionen Mark, während er sich nach den neueren Sätzen auf nur 15 1/2 Millionen stellen wird. Daraus ergibt sich, daß, wenn die Regierungsvorlage so angenommen wird, wie sie jetzt liegt, für die 6 1/3 Millionen Wähler der vier Classensteuerebenen eine Verminderung des Wahlrechts um etwa den 4. Teil eintreten würde. Was läßt sich nun eine solche Wahlbeeinträchtigung vermeiden? Das einfachste wäre allerdings, das Dreiclassenwahlrecht überhaupt fallen zu lassen und an dessen Stelle das allgemeine directe Wahlrecht einzuführen, wie es bereits im Reich besteht und wie es auch den Intentionen des Fürsten Bismarck entspricht. Es stehen dem aber mancherlei Bedenken entgegen, vor allem aber die Befürchtung, daß eine solche Umgestaltung schließlich an der Frage, ob geheime oder öffentliche Abstimmung, scheitern würde. Freilich ohne eine Verfassungsänderung würde es überhaupt nicht möglich sein, eine Beeinträchtigung des Wahlrechts der unteren Classen zu vermeiden. Auch der Vorschlag, den wir nachstehend andeuten, bedingt eine solche. Derselbe geht dahin, daß die Einteilung in Abteilungen künftig nicht nach Maßgabe der directen Staatssteuern, sondern nach Maßgabe des declarirten bezw. abgeschätzten steuerpflichtigen Einkommens erfolgen möge. Dadurch würde nicht nur eine Einschränkung des Wahlrechts der unteren Classen ausgeschlossen werden, sondern es würde sich sogar eine Erweiterung derselben ergeben, gegen die man zu einer Zeit, da die Einführung des allgemeinen directen Wahlrechts für die Abgeordnetenhauswahlen ernstlich erwogen wird, wohl auf keiner Seite etwas einzuwenden haben dürfte.

* **Berlin.** 19. Jan. Die Begnadigung des Bischofs von Münster gilt allgemein als unmittelbar bevorstehend. Derselbe war bereits beschlossene Sache, als der Kronprinz anlässlich seines Aufenthaltes in Rom seinen Besuch dem Papste abstattete. In den Berichten über die Unterredung des Kronprinzen mit dem Papste ist daher auch nur davon die Rede, daß der Papst von der Wiedereinsetzung der Erzbischöfe von Posen und Köln sprach.

* Die „Nordb. Allg. Ztg.“ weist auf die günstigen Wirkungen der staatlichen Subventionen von Schiffsahrts-Unternehmungen in Frankreich hin. Seit die Subventionen bestehen, also seit anderthalb Jahren, sind dort 4 neue Schiffsahrts-Unternehmungen entstanden, die allein einen Zuwachs der französischen Handelsflotte von 70 000 Tons darstellen. Da außerdem zahlreiche Bestellungen einzelner Dampfer gemeldet werden, so werden die mit Rücksicht auf das neue Gesetz in Frankreich in Auftrag gegebenen Dampferbauten auf mindestens 150 000 Tons geschätzt. Dem Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten liegt ein Gesetzentwurf vor, durch den dem Generalpostmeister ein jährlicher Credit bis zu 50 Millionen Dollars eröffnet werden soll, um Postdampfer amerikanischer Flagge zu subventionieren, die sich nur solcher Schiffe bedienen, die in den Vereinigten Staaten von dortigen Stahl und Eisen gebaut sind, und deren übriges Material soweit möglich, ebenfalls der Union entstammt. Ob sich wohl in diesem Gesetzentwurf die freihändlerische Regung offenbart, welche der verstorbene Abg. Vasser bei seiner Anwesenheit in Amerika entdeckt haben wollte?

* Der Fortschrittspartei scheint der Antrag Reichensperger die meisten Verlegenheiten bereiten zu sollen. Eugen Richter fing gestern an, zäher zu sprechen, als sonst, was er immer thut, wenn er mit sich und seiner Fraction nicht recht einig ist, schließlich suchte er seine Verlegenheit mit Attacken auf die Regierung zu maskieren, wodurch er ja rasch wieder in sein Fahrwasser gelangte. Auch der Antrag auf Commissionsverweisung des

Antrags Reichensperger war ein Verlegenheitsact. Wozu Commissionsverweisung, wenn Richter wirklich davon überzeugt war, daß der Antrag der Centrums nicht ernst gemeint sei? Wozu Commissionsverweisung, wenn wir Richter selbst sagte, daß der Antrag unannehmbar sei? Comödie!

NLC. Der **Steuergesetzcommission** des Abgeordnetenhauses gehören aus der national-liberalen Fraction an die Abg. von Benda, von Geyern, Enneccerus und Tannen. Die Fraction hatte einstimmig auch den Abg. Hübner in die Commission gewählt; derselbe lehnte jedoch ab und zwar ausschließlich aus dem Beweggrund, weil er glaubte, mit Rücksicht auf seine frühere amtliche Stellung sich an der Special- und Detailberatung der Entwürfe nicht beteiligen zu sollen.

* Dem Abgeordnetenhaus ist heute die Secundärbahnvorlage zugegangen. Zur Herstellung von Eisenbahnen werden im ganzen 69 557 000 Mark gefordert und zwar zum Bau einer Linie Labiau-Tilsit 5 286 000 M., Allenstein-Soldau-Jlewo 8 950 000 M., Jablonowo-Soldau 6 005 000 M., Simonsdorf oder Marienburg Tiegendorf 1 084 000 M., Polen-Breschen 3 580 000 M., Lissa-Jarotschin 3 810 000 M., Lissa-Ostrowo 4 940 000 M., Bentschen-Wollstavo 1 376 000 M., Bitterfeld-Münnersdorf 1 255 000 M., Gonnern-Verbeke und Nienburg a. d. S. 1 900 000 M., Merseburg-Mühlhausen 1 115 000 M., Naumburg a. S.-Artern 4 623 000 M., Dahlemer-Langerfeld (Mittelsachsen) 1 035 000 M., Runderoth-Verlag 870 000 M., St. Vloth über einem anderen Punkte der Linie Prüm-St. Vloth-Montjoie-Roth-Ende (Aachen) bis zur Landesgrenze in der Richtung auf Iffingen 2 800 000 M., Breitenheim-Simmern 3 892 000 M. und Erier-Hermesfeld 5 646 000 M., sowie zur Befestigung von Betriebsmitteln 11 390 000 M. Ferner sind eingestellt zur Beteiligung an dem Bau einer Bahn Heide-Gumsum-Landens-Landesgrenze 2 999 700 M. Zur Anlage eines zweiten Geleises auf vier Strecken 9 660 000 M. Zu Bau-Ausführungen auf Bahnhöfen, Haltestellen u. s. w. 16 110 000 M. Zur Befestigung von Betriebsmitteln für die schon bestehenden Eisenbahnen 20 000 000 M. Zur Dedung von den Mehreinstößen beim Bau der Berliner Stadtbahn 3 700 000 M. Die Gesamt-Summe, welche für den Neubau von Bahnen, sowie für Vervollständigung des Staatsbahnnetzes gefordert wird, bezieht sich auf 122 146 700 M.

* Auf den deutschen Eisenbahnen, mit Ausschluß der bairischen, wurden nach den Aufstellungen des Reichseisenbahnamtes im November vorigen Jahres beim Betriebe 50 Personen, darunter 5 Reisende getödtet und 108 Personen, darunter 17 Selbstmörder auf den Schienen den Tod, 3 davon wurden indessen nur verletzt.

* Am 23. d. M. findet in Berlin eine Konferenz der technischen Vertreter der preussischen Staats- und größeren Privat-Bahnen statt, um über weitere Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit des Eisenbahnbetriebes zu beraten.

* Aufgrund des Socialistengesetzes ist ein in Altona beschlagnahmtes Flugblatt „das alte und das neue Glaubensbekenntnis“ von Dr. Friedrich Straffer, Verfasser des „Antichristus“ verboten worden.

* In der babilischen II. Kammer wurde am 19. aufgrund einer Interpellation des Abgeordneten Pfleger über die Frage der Aufhebung der geheimen Abstimmung bei den Reichstagswahlen lebhaft debattirt. Staatsminister Turban beantwortete die gestellte Frage dahin, daß beim Bundesrat von keiner deutschen Regierung der Antrag auf Aufhebung der geheimen Abstimmung gestellt worden, die babilische Regierung daher auch noch nicht in die Lage gekommen sei, in der Frage Stellung zu nehmen. In der Debatte traten Hebrer aller Parteien für die Aufrechterhaltung der geheimen Abstimmung ein. Der Gedanke, die geheime Abstimmung durch die öffentliche zu ersetzen, ist seither auf so starken Widerspruch gestoßen, daß schließlich der Bundesrat mit der Angelegenheit befaßt werden wird.

* Die angezogene Rede des Deputirten Castellar in den spanischen Cortes findet natürlich den vollen Beifall der französischen Presse und wenn sich Castellar durch seine Worte Liebkind bei den französischen Republikanern machen wollte, so hat er seine Absicht durch diese Rede vollkommen erreicht. Der Angriff auf den deutschen Kaiser, weßwegen ihm das Wort vom Präsidenten entzogen wurde, lautet: „Ich klage den Kaiser von Deutschland an, daß er in der Person ihres Königs die stolze spanische Nation hat beleidigen wollen, indem er sich der Person des Königs von Spanien als Vorwand bediente, um Frankreich seine feindseligen Gefühle zu erkennen zu geben. Die spanischen Minister hätten von dem großen deutschen Kanzler Erklärungen fordern müssen.“

* Der neue italienische Botschafter für Petersburg, Graf Greppi, welcher während seines Aufenthaltes in Wien den Minister Raimondo, den italienischen Botschafter Grafen Robilant und den russischen Botschafter Fürsten Lobanoff besuchte, begab sich nach Berlin und wird von dort nächsten Montag (21. Jan.) seine Reise nach Petersburg fortsetzen. Wie die „Polit. Corr.“ meldet, reist Graf Greppi über Berlin, um den Staatssecretär des Auswärtigen, Grafen Saffold, und dem italienischen Botschafter, Grafen de Raunay, Besuche abzustatten.

* Die Ministerkrise in Spanien geht ihrer Beendigung entgegen. Wie verlautet, wäre ein conservatives Cabinet constituirte und soll dasselbe wie folgt zusammengefaßt sein: Canovas del Castillo Ministerpräsident, Cuadaya Auswärtiges, General Duesada Krieg, Antequera Marine, Romero Robledo Inneres, Silvela Justiz, Alexander Vidal öffentliche Arbeiten, Baldozera Colonien, Cosgajon Finanzen.

* Der Ministerpräsident Canovas del Castillo verlas gestern in den Cortes ein königliches Decret, durch welches die Sitzungen der Cortes suspendirt werden. Wie es heißt, sollen die Neuwahlen zu den Cortes im April stattfinden und die neuen Cortes im Mai zusammentreten.

* **Mannheim.** 19. Jan. Der Vergolder Carl Widenberger hieselbst ist wegen Verdachts der Mithschuld an dem Dynamit-Attentat im Cieserhof in Frankfurt a. M. verhaftet worden.

* **Stuttgart.** 19. Jan. Der russische Minister v. Giers ist nachmittags von hier nach Wien abgereist.

* **Wien.** 20. Jan. Der russische Minister v. Giers ist heute früh gegen 7 Uhr hier eingetroffen und hat sich nach Begrüßung durch den russischen Botschafter Fürsten Lobanoff und das Personal der russischen Botschaft nach dem Botschaftspalais begeben.

* **Paris.** 19. Jan. Der oberste Gerichtshof verurtheilt Spanta, Pitely und Veres wegen Ermordung des Grafen Majlath zum Tode durch den Strang.

* **Rom.** 18. Jan. Der General-Abt Cesare des Benedictinerlosters auf dem Monte Vergine ist in der letzten Nacht in seiner Wohnung ermordet und die Wohnung ausgeraubt worden. Zwei Bedienteste des Abtes wurden verhaftet.

* **Paris.** 19. Jan. Der radicale Deputirte Clemenceau hat sich bei der französischen Regierung für die Begnadigung des berüchtigten Mithschuldners, Fürsten Krapotkin, welcher seiner Zeit bei anarchoischen Attentaten zu Lyon leitete, verwendet, insbesondere unter Berufung darauf, daß Krapotkin schwer erkrankt sein solle. Der Justizminister hat das Ersuchen rund abgeschlagen.

Der „Times“ zufolge erwarten die Chinesen, falls der Einnahe Bacenah durch die Franzosen, die Befestigung des Meerbusens von Yulin-lan im Südwesten der Insel Hainan oder das Bombardement von Canton. Zur Sperrung des Cantonflusses waren daher auch Vorbereitungen getroffen, auf Vorstellung der englischen Behörden aber wieder eingestellt worden, da französischerseits beruhigende Erklärungen gegeben wurden.

* **Petersburg.** 18. Januar. Aus Anlaß des heutigen Wasserwechselfestes hat die übliche glänzende Auffahrt der Hofstaaten, Staatswürdensträger, des diplomatischen Corps, der Generalität und des Officierscorps nach dem Winterpalais stattgefunden. Die Militärparaden wurde im Beisein der Majestäten in der programmäßigen feierlichen Weise vollzogen.

* **Wien.** 18. Jan. Heute Nachmittag 1 Uhr hat hieselbst eine ziemlich heftige, mit unterirdischem Getöse verbundene Erderbeben stattgefunden.

* **Aus Boston** wird telegraphisch gemeldet, daß der Dampfer „City of Columbus“ von Boston nach Havannah mit 81 Passagieren, worunter ein Drittel Frauen und Kindern gestern an der Westküste beim Cap Gayrat gescheitert ist. Aus Massachusetts wird mitgeteilt, daß dabei 104 Personen, darunter 25 Passagiere erster, 15 zweiter Classe und 34 von der Mannschaft umkamen, während nur 22 gerettet wurden. Im Augenblick des Scheiterns stürzte Alles auf Deck, fast Alle aber wurden von den Wellen fortgerissen. Unter den Ertrunkenen befindet sich der türkische Generalconsul in Boston.

Provinzielle Nachrichten.

* **Selsenkirchen.** 21. Jan. In Verfolg eines Beschlusses des Bundesrats vom 22. November 1883, betreffend die Stempelplünderung der Spielanweise bei Auspielungen geringwertiger Gegenstände, ist bestimmt worden, daß fortan den auf Jahrmärkten und bei Gelegenheit von Volksbelustigungen üblichen öffentlichen Auspielungen geringwertiger Gegenstände die obrigkeitliche Genehmigung nur dann zu erteilen ist, wenn die Zahl der beabsichtigten einzelnen Auspielungen und die Zahl der bei jeder derselben auszugebenden Spielanweise durch einen vorzulegenden Plan festgelegt ist und wenn die Spielanweise, falls mehrere Auspielungen beabsichtigt sind, neben ihrer Nummer auch eine Serienbezeichnung tragen.

* Aus Wanne geht uns von dem Bahnarzt Herrn Dr. M. die Nachricht zu, daß die Mitteilung, wonach in Zeit von 24 Stunden einem Locomotivführer 6 Kinder an fieberhaften Krankheiten gestorben seien, eine Fabel wäre. Wir brachten die Nachricht der „Westf. Volksztg.“ nach. Es scheint uns aber die „G. Z.“ die erste Entenverbreiterin zu sein. Dafür spricht sich auch die Schaller Zeitung aus. An Sensationsnachrichten leisten die Blätter à couleur der „Westfälischen Bztg.“ bekanntlich recht viel.

* Wie wir hören, ist in voriger Woche abends auf der Hstraße im Dunkeln in der Nähe der Windmühle ein Mann überfallen und gestochen worden.

* Der Komet von 1812 ist jetzt, wie berichtet wird, wenn ihn der starke Mondschein nicht verbunkelt, mit bloßem Auge abends 6—8 Uhr am südwestlichen Himmel zu sehen.

X **Saalte.** 21. halle“ ist fortgesetzt. Humors an den Se bei Herrn Schilling. Gestern fand daselbst eine Sitzung statt, die in eines zahlreichen

X **der Verein „Cron Winterfest durch ei**

X **Hedendorf.** Wirts Stallberg, w des erst kürzlich ins Arbeiter-Vereins“ mittheilung verpflichte Festhalten in der kannten Vereinszwe welche zur Consti Hand geleistet, mit der Dank namens nächste Versammlung gefeiert und zum V Zeitung“ bestimmt wachsen, blühen un

* Wie leicht ei raten kann, ein Be nachstehender aus Am zweiten Weihn Mann auf der W einer Frau an und hatte, als Sattler auf die Stockhaufen auffallenden Weise nachdem sie sich von die nächste Polizeist Wahnnehmung in liche Meldung nach eingehenden Nachsch Duisburg gebürtigen als ordentlicher M vor kurzem seine verlassen habe. Je Bewegung gefeiert i hier ein Sattler im Weihnachts-M ächtigen Umständen fassung. Es ist gelungen, nachzuwe zweiten Weihnacht Bonn nach Coblenz sprachen haben tam hier aufgehalten i sofort aus der Haf ereichen wir aus d ie kölnen Sicherhe Mörder der beiden

Stände-amts

des Amtes
Gebur
Catharine E d
Hilke Braub. Ca
Seiternmrt Carl Al
Heinr Wilt S d
Bierenkämpfer Braub
S d Vergam Peter Mo
Johann S d Fabr
Sch. Aug Wilt Sch
Friedr Niecht Wulst
S d Fabr Joh W
Franz Wilhelm S d
Nimphius Sch. A
Friedrich S d Ma
Richte Wulst. Caro
T d Vergam Heinr
Hofme Wilmelme T
Diedmann Sch. A
S d Vergam Jacob
Braub. Carl S d
Boh Heiler. Johm
Controlleur Wilt Gr



Hoh-Ver

Samstag, 26.

nachmittags
werde ich in Neu
hoff's Busch)
mehrere Häuser
zu Brandholz
pfählen
gegen Baar verkauft
Wilt. Egg

Bettw

Doppelt gereini
federn, Taunen
daunen, garantirt
Barchende u

sowie fertige
empfiehlt zu beson
Preisen.

N. D. W
Selsenkirchen, A
neben der ev.

Eine gelübte

Bügler
für Herrenhemden
dem Hause, geschü
rector Müller in B

Gesucht ein Ma
Küche versteht, wof
kann, gegen guten L
Frau Direct
Dobben-Ge

Beste Schreib- und Copirtinte empfiehlt billigst F. Dienß, Wessenkirchen.

